

Montag (Nachmittag), 25. November 2019 / Lundi après-midi, 25 novembre 2019

Staatskanzlei / Chancellerie d'Etat

9 2016.KAIO.14155 Übrige Geschäfte
Strategie Digitale Verwaltung des Kantons Bern 2019–2022

9 2016.KAIO.14155 Autre affaire
Stratégie pour une administration numérique du canton de Berne 2019–2022

Präsident. Somit kommen wir zum Traktandum 9. Dazu wurde per Ordnungsantrag eine freie Debatte angenommen. Es ist ein Bericht und vorgesehen gewesen wäre eine reduzierte Debatte. Nun gingen elf Planungserklärungen ein. Wir haben Folgendes abgemacht: Wir würden gleich wie beim letzten Mal vorgehen und zuerst eine Grundsatzdebatte über den Bericht und die Strategie führen; dies in der normalen Reihenfolge. Danach würden wir die Planungserklärungen 1, 1.a, beziehungsweise eigentlich zuerst die 1.a – man konnte sie nicht als Planungserklärung 0 bezeichnen, aber eigentlich käme dies vor der 1 –, dann die Planungserklärungen 1, 2, 3 und 4 zusammenfassen. Denn in diesen Planungserklärungen geht es ein wenig um Verfahren und Strukturen. Anschließend würden wir einen zweiten Teil mit den Planungserklärungen 5–11 machen, wobei wir die Planungserklärungen 5 und 10 einander gegenüberstellen müssen, ebenso wie die Planungserklärungen 8 und 11, weil es um ähnliche Dinge geht. Dies teile ich Ihnen nachher nochmals mit. Hat jemand grundsätzlich ein Problem damit, oder können wir so vorgehen? – Es ist nicht verboten, wenn Sie unter den 5 Minuten Redezeit bleiben, die Ihnen in einer freien Debatte zustehen. Besten Dank. Das Wort hat die Kommissionssprecherin, Barbara Stucki.

Grundsatzdebatte / Débat de principe

Barbara Stucki, Stettlen (glp), Kommissionssprecherin der SAK. Ich nehme an, ich werde es nicht ganz in 5 Minuten schaffen. Im Namen der SAK danke ich der Regierung und der Verwaltung für die Ausarbeitung dieses Berichts. Er wurde uns an der letzten Kommissionssitzung durch Staatssekretär Auer vorgestellt und erläutert, und wir konnten offene Fragen klären. Mit diesem Bericht erarbeitet die Regierung erstmals gemeinsam eine Vision, strategische Grundsätze und Handlungsschwerpunkte für die Digitalisierung der zentralen und dezentralen Kantonsverwaltung. Die Strategie Digitale Verwaltung hat eine mittel- und langfristige Perspektive und soll über mehrere Legislaturperioden hinweg weiterentwickelt und umgesetzt werden. Sie löst die E-Government-Strategie aus dem Jahr 2002 ab.

Die Strategie Digitale Verwaltung ist auf die Anspruchsgruppen Bevölkerung, Wirtschaft und Verwaltung ausgerichtet. Sie hat folgende strategische Ziele: Erstens, Dienstleistungsorientierung und Transparenz. Elektronische Behördendienstleistungen des Kantons sollen nutzerzentriert umgesetzt werden, sie sollen der Wirtschaft, der Bevölkerung und den Behörden bekannt sein und von diesen genutzt werden. Zweitens, Nutzen und Effizienz: Digitale Dienstleistungen reduzieren bei allen Beteiligten den Aufwand bei der Abwicklung von Behördengeschäften und schaffen für Wirtschaft, Bevölkerung und Behörden einen Mehrwert. Drittens, Innovation und Standortförderung: Die digitale Verwaltung nutzt Innovationen und fördert damit die Attraktivität des Wirtschaftsstandorts und des Lebensraums Kanton Bern. Viertens, Implementierung und Nachhaltigkeit: Die Mehrfachnutzung von Lösungen zur Digitalisierung der Verwaltung und eine gesamtheitliche Planung werden gefördert. Der Kanton stellt die Nachhaltigkeit von digitalen Diensten sicher, indem er für ihre Organisation, Finanzierung und Betrieb die Voraussetzungen schafft.

Ein zentrales Element im Bericht ist die Organisationsstruktur, in der die Transformation der Verwaltung koordiniert und vorangetrieben werden soll. Um diese Strategie zu erreichen, ist es zwingend, dass die Digitalisierung der Verwaltung abteilungs- und direktionsübergreifend erfolgt. Die strategische Steuerung obliegt der Regierungsdelegation Digitale Verwaltung, und sie wird vom Staats-

schreiber begleitet. Neu geschaffen wird ein Kontaktgremium Digitalisierung Kanton, sprich Gemeinden. Dieses stellt die Zusammenarbeit zwischen Kanton und Gemeinden sicher. Denn die digitale Verwaltung soll auch in den Gemeinden Einzug halten. Zudem sind die Gemeinden doch auch eine zentrale Anspruchsgruppe des Kantons. Eine Geschäftsstelle Digitale Verwaltung wird neu bei der STA angesiedelt. Sie setzt die Strategie Digitale Verwaltung federführend um. Sie ist auch die zentrale Anlaufstelle für sämtliche Fragen und Anforderungen zum Thema digitale Verwaltung, sowohl für interne als auch für externe Anspruchsgruppen. Für diese Geschäftsstelle sind 150 Stellenprozent vorgesehen; es sind neu geschaffene Stellen.

Die Geschäftsleitung Digitale Verwaltung setzt sich aus dem Staatsschreiber, dem Generalsekretär der FIN, der Vizestaatsschreiberin und dem Leiter des Amts für Informatik und Organisation des Kantons Bern (KAIO) zusammen. Die Generalsekretärenkonferenz ist das oberste Kontrollorgan der Verwaltung, und diese wird als sogenanntes Sounding Board miteinbezogen und soll grundsätzliche Problemstellungen in der Strategieumsetzung beurteilen. Eine direktionsübergreifende Konferenz Digitale Verwaltung soll eine aufeinander abgestimmte Umsetzung und Weiterentwicklung garantieren.

Der Zeitplan für die Umsetzung der Organisationsstruktur sieht vor, dass bis Ende dieses Jahres alle nötigen Strukturen geschaffen und die Gremien gebildet sind, sodass man im Frühjahr 2020 mit der Erarbeitung der kantonalen Schwerpunktplanung beginnen kann. Gemäss dem Staatsschreiber ist man auf Kurs.

Zu den Planungserklärungen werde ich noch sprechen. Die SAK empfiehlt Ihnen einstimmig die Kenntnisnahme dieses Berichts.

Präsident. Wir kommen zu den Grundsatzvoten der Fraktionen. Zuerst Marc Jost für die EVP.

Marc Jost, Thun (EVP). 2016 reichte die EVP-Fraktion eine Motion ein mit dem Titel «Endlich eine E-Government-Strategie für den Kanton Bern» (*M 192-2016*). Sie können sich vorstellen: Als EVP-Fraktion freuen wir uns und danken, dass es in diesem Sinn, unter dem Titel, den wir hier lesen, vorliegt und die Arbeit gemacht wurde. Die Vision, welche formuliert ist, gefällt uns. Die Vision ist hoch angesetzt, das ist aber in diesem Bereich auch richtig. Die Bevölkerung kann sämtliche Geschäfte mit der Verwaltung elektronisch abwickeln, oder auch die Verwaltung wickelt die Sachen unter sich elektronisch ab oder die Wirtschaft und die Verwaltung untereinander. Es ist ja nicht so, dass keine Schritte in diese Richtung unternommen wurden. Wir kennen verschiedenste Beispiele: die Steuern, die Prüfung des Autos, demnächst die Baubewilligung und so weiter. Es geht immer weiter. Ich denke, die Strategie fördert, dass man den Prozess hier eben strategischer, bewusster und stärker aufeinander abgestimmt angehen kann. Wir haben seitens der EVP nicht die Illusion, dass dies bereits morgen umgesetzt sein wird, sondern gehen davon aus, dass man sich Schritt für Schritt den neuen Möglichkeiten, aber auch den Risiken stellt.

Die EVP-Fraktion vertraut dem Regierungsrat darin, dass eine effiziente, aber gleichzeitig auch behutsame Umsetzung an die Hand genommen wird, sodass niemand im Stich gelassen wird und auf der Strecke bleibt, der jetzt mit diesen Formen halt noch nicht vertraut ist. Doch möchte ich bereits sagen, dass wir die Planungserklärungen zu diesem Bereich etwas übervorsichtig finden, weil zum Teil auch Dinge ausgebremst werden können. Denn heute ist es doch ganz normal, dass man solche Seniorenkurse finden und besuchen kann, damit man bezüglich der neuen Technologien à jour sein wird.

Wir finden es auch sehr wichtig und richtig, dass hier eine Geschäftsstelle Digitale Verwaltung geschaffen wird und dass man dieser auch Weisungsbefugnisse gibt – ein Novum. Ich sage es bereits im Voraus: Wir begrüßen dies sehr und – wie erwähnt – auch die ganze Strategie.

Anne-Caroline Graber, La Neuveville (UDC). La stratégie pour une administration numérique du canton Berne, présentée à notre Conseil par le Conseil-exécutif, porte le sceau du réalisme et de la nécessité. La numérisation de très nombreuses activités humaines est une réalité incontournable. Les avancées des technologies de l'information et de la communication sont irréversibles. Elles s'imposent à nous, comme l'ont fait d'autre fois à nos prédécesseurs, l'application des découvertes de l'imprimerie à la fin du bas Moyen Age ou encore des potentialités de l'énergie électrique au 19^e siècle.

Il est parfaitement logique que l'administration cantonale bernoise recoure aux grandes possibilités qu'offre le traitement numérique des données et de ses relations multiples en son sein et envers l'extérieur. La numérisation accrue de l'administration permettra sans doute de rationaliser d'avantage l'activité étatique et d'accélérer notablement ses communications de tous ordres. En principe

et toutes choses étant égales par ailleurs, la numérisation accrue de l'administration devrait aussi permettre d'endiguer l'accroissement continu du nombre des personnes travaillant dans l'administration, voire de le diminuer un peu. Pour les personnes qui maîtrisent bien les outils informatiques, l'extension de la numérisation de l'administration cantonale rendra aussi plus simple, plus rapide et plus rationnelle leurs relations obligées ou souhaitées avec les différentes directions, avec leurs services et avec les services décentralisés.

Face à l'environnement technologique du monde contemporain et en référence aux grandes potentialités qu'il offre, face aussi à la vitesse à laquelle les innovations technologiques se développent, il était normal et logique que le Conseil-exécutif élabore une nouvelle stratégie pour une administration numérique destinée à remplacer la stratégie de cybergouvernement du canton de Berne de 2002. Il est compréhensible que la stratégie de numérisation prévue par le Conseil-exécutif soit rendue obligatoire pour toute l'administration, centrale et décentralisée, de notre canton. En effet, on comprendrait mal que certains secteurs de l'administration soient numérisés et d'autres pas. Cela ne pourrait qu'induire de regrettables dysfonctionnements. Tous les membres concernés de l'administration cantonale devront évidemment utiliser les instruments de la numérisation, du traitement des données et des communications.

Il ne saurait toutefois être question de contraindre toutes les personnes résidant dans notre canton à s'adresser aux différents services administratifs en recourant aux technologies modernes de la communication. A l'avenir, comme jusqu'à présent, il devra être possible pour les personnes privées d'entrer en contact avec l'administration au moyen du téléphone, du courrier postal, du remplissage manuscrit d'un formulaire ou des paiements par bulletins de versement. Dans notre canton il y a encore plusieurs dizaines de milliers de personnes qui ne sont pas ou très peu familiarisées avec les nouvelles technologies de la communication. L'UDC insiste pour qu'il en soit véritablement ainsi. Notre groupe a d'ailleurs déposé une déclaration de planification en ce sens que je vous présenterai dans quelques minutes. En conclusion, le groupe UDC acceptera la stratégie pour une administration numérique du canton de Berne et plus particulièrement les sept points qui figurent en exergue de son arrêté. Merci de votre attention.

Präsident. Für die SP-JUSO-PSA, Karin Fisli.

Karin Fisli, Meikirch (SP). Die Digitalisierung hat uns bereits voll im Griff. Der Regierungsrat hat dies erkannt und einen Bericht über die Strategie der Digitalen Verwaltung erstellt. Die SP-JUSO-PSA-Fraktion steht dieser Veränderung grundsätzlich positiv gegenüber. So finden wir es richtig, dass die gesamte Kantonsverwaltung in diese Prozesse einbezogen wird und damit erstmals Rahmenbedingungen für die gesamte Verwaltung, die politischen Behörden und Gemeinden geschaffen werden. Dass die Federführung dieser digitalen Verwaltung neu bei der STA ist, nehmen wir ebenfalls erfreut zur Kenntnis. Wir weisen darauf hin, dass es vor allem beim Thema Digitalisierung immens wichtig ist, dass die verschiedenen Direktionen und Ämter zusammenarbeiten. Auch muss zu den Mitarbeitenden Sorge getragen werden. Digitalisierung soll vereinfachen, Abläufe effizienter gestalten und verständlich sein. Für die Bürgerinnen und Bürger des Kantons Bern soll die Digitalisierung ein Mehrwert sein. Die Bevölkerung soll zeit- und ortsunabhängig Verwaltungsabläufe realisieren können. Dafür wird sicher eine entsprechende Information notwendig sein. Allerdings darf man Personen nicht vergessen, die digital nicht oder nur ungenügend sicher unterwegs sind. Wir danken dem Regierungsrat für diesen Bericht und nehmen ihn zur Kenntnis.

Jean-Luc Niederhauser, Court (PLR). Je serai très bref, beaucoup de choses ont déjà été dites. Le canton de Berne s'active continuellement à renforcer son attractivité dans tous ses domaines de compétences. Une plateforme informatique performante permettant d'interagir tant bien à l'interne qu'avec les multiples partenaires externes est un atout indéniable. Cette nouvelle structure devra permettre de gagner en efficacité et d'offrir des services novateurs. Dans ce contexte, il sera primordial que le canton de Berne ne néglige aucune piste, aucun contact, particulièrement avec les communes, les cantons et la Confédération, pour conduire ce projet au succès. En conclusion, le PLR prend connaissance de ce rapport. Merci pour votre attention.

Vania Kohli, Bern (BDP). Auch die BDP dankt dem Regierungsrat und der Verwaltung für den vorliegenden Bericht. Mit dieser Strategie sollen die Bedürfnisse der öffentlichen Hand, aber auch die Bedürfnisse der Bevölkerung mit Anwendungen und Basisdienstleistungen aus einer Hand abgedeckt werden. Die BDP-Fraktion teilt die Ansicht des Regierungsrates, wonach die Bevölkerung die

Möglichkeit haben soll, *sämtliche* Geschäfte mit der Verwaltung elektronisch abzuwickeln. Wichtig ist uns aber auch, dass die Bevölkerung die Möglichkeit haben soll, dass aber kein Zwang besteht. Das heisst, wenn man will, kann man. Wenn man nicht will oder nicht kann, muss man nicht. Auch mit der vorgeschlagenen Organisationsform sind wir einverstanden und werden den Bericht einstimmig so zur Kenntnis nehmen.

Barbara Stucki, Stettlen (glp). Auch im Namen der Glp-Fraktion danke ich herzlich für den Bericht. Wir begrüßen sehr, dass die Digitalisierung der Verwaltung aus einer ganzheitlichen Sicht angeschaut und bereichs- oder direktionsübergreifend an die Hand genommen wird. Entsprechend setzen wir grosse Hoffnungen in die Organisationsstruktur und in deren Funktion.

Wir haben es soeben vorhin zum Bericht zur Medienförderung gehört: Die neue Generation informiert sich anders, sie arbeitet aber auch anders. Wir sind überzeugt, dass es wichtig ist, dass sich der Kanton Bern in Sachen Digitalisierung fit macht, sodass er den künftigen Bedürfnissen der Bevölkerung, aber auch denjenigen der Wirtschaft gerecht wird. Für uns ist es selbstverständlich, dass die analogen Kommunikationskanäle nicht gekappt werden sollen. Wir werden diesen Bericht einstimmig zur Kenntnis nehmen.

Jakob Schwarz, Adelboden (EDU). Auch die EDU-Fraktion bedankt sich für den Bericht und kann sich grundsätzlich mit den aufgezeigten Zielen einverstanden erklären. Wichtig ist uns, dass Personen, die mit der digitalen Welt Schwierigkeiten haben, trotzdem Zugang zu Dienstleistungen der Verwaltung haben. Die Zusammenarbeit innerhalb der Direktionen und Abteilungen des Kantons muss sich unserer Auffassung nach verbessern; sie muss intensiviert werden, sodass nicht jeder sein eigenes Süppchen kocht. Auch der Blick auf andere Kantone ist für uns angebracht. Nicht jeder Kanton muss das Rad neu erfinden. Die EDU-Fraktion nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Christoph Grupp, Biel/Bienne (Grüne). Der Bericht zur digitalen Verwaltung ist unter anderem auch in der neuen Regierungsrichtlinie begründet. Wir alle haben diese zur Kenntnis genommen und viel darüber diskutiert; digitale Verwaltung war dabei auch eines der Kernthemen. In diesem Sinn ist es logisch, dass es hier auch auf dem Tisch liegt. Die Grünen begrüßen dies.

Wer immer mehr von seiner Lebensweise über das Internet oder digital gestaltet, wer zum Beispiel Reisen über Internet bucht, wer seine Turnschuhe via Internet kauft, seine Post dort abwickelt, wer den Krankenkassenwechsel digital vollzieht, die neueste Küchenmaschine über das Internet bestellt oder sich die Wohnung über Internet aussucht – all dies sind Bereiche, die wir heutzutage tagtäglich abwickeln, jedenfalls die meisten von uns. Daher ist es nur logisch, dass wir auch ein Interesse haben und auch ein grosser Bedarf besteht, Verwaltungsabläufe zu digitalisieren. In diesem Sinn ist die digitale Verwaltung des Kantons Bern sicher ein Nachvollzug einer digitalen Lebensweise, welche viele unter uns bereits praktizieren. Dieser ist reif, und es ist an der Zeit, dies zu tun.

Allerdings gibt es ein Aber: Beim Ganzen darf man nicht vergessen, menschlich zu bleiben. Genauso wie man eben gewisse Dinge immer noch lieber im Laden kauft, wo man ein Gegenüber hat, das einem Auskunft gibt, sodass man direkt nachfragen kann, ist es auch bei Verwaltungsabläufen für viele notwendig, dass man diese nicht nur husch, husch abwickeln kann. Dies ist zwar manchmal auch notwendig, vielleicht auch um Mitternacht. Manchmal sollte man aber noch eine Gesprächspartnerin vis-à-vis haben, der man Fragen stellen kann. In diesem Sinn darf beim ganzen Fokus digitale Verwaltung auch der Fokus Mensch nicht vergessen werden, und zwar in doppelter Hinsicht: den Menschen, der in der Verwaltung arbeitet, aber auch den Menschen, der Kunde oder Entgegennehmer/Nutzer der Dienstleistung ist. In diesem Sinn dürfen wir uns auch bei einer digitalen Verwaltung nicht von solchen digitalen Verwaltungsabläufen quasi versklaven lassen, sodass wir nur noch das tun, was jetzt gemäss dem Computer, der Maschine, möglich ist, sondern dass es immer noch all unseren Bedürfnissen weitestgehend dient. Dies vielleicht als kritische Anmerkung zu diesem Geschäft.

Ansonsten begrüßen wir grundsätzlich – wie es aufgegleist ist – die vorgesehene Struktur. Wir betrachten diese als sinnvolle Struktur, auch als schlagkräftige Struktur, wobei wir daran glauben, dass diese der digitalen Verwaltung im Kanton Bern grossen Schub geben kann. In diesem Sinn nehmen die Grünen Kenntnis von diesem Bericht. Vielen Dank.

Präsident. Es gibt keine Einzelsprechenden. Ich darf das Wort dem Staatsschreiber, Christoph Auer, geben.

Christoph Auer, Staatsschreiber. Ich verzichte darauf, den Bericht hier nochmals zusammenzufassen. Sie alle konnten diesen zur Kenntnis nehmen. Ich bringe vielleicht nur zwei, drei Anmerkungen zum Charakter des Berichts an. Sie haben es gesehen: Es ist ein Strategiebericht, es ist aber noch keine inhaltliche Strategie, von welcher der Regierungsrat sagen würde, wir gingen im Bildungsbereich in die Online-Möglichkeiten hinein, oder der Gesundheitsbereich eigne sich besonders gut, um jetzt mit der Digitalisierung vorwärtszumachen. Nein, es ist eher ein Organisationsbericht, in dem die Organisation, die Struktur festgelegt wird, in dem die Prozesse festgelegt werden, dahingehend, wie man mit Handlungsschwerpunkten vorgeht. Dies war wie der erste Schritt in diesem Thema. Alles andere muss später kommen. Es ging darum festzulegen, wo die Koordinationsstelle ist; diese ist bei der STA angesiedelt. Es ist jene Stelle, die nachher koordinieren, steuernd Einfluss nehmen und die Verbindung zu den Gemeinden – etwas ganz Wichtiges – und zum Bund machen sollte, wo alle Querschnittsthemen zusammenlaufen.

Alle Digitalisierungsprojekte werden weiterhin dezentral in den Ämtern, dort, wo in den Direktionen die Aufgaben erledigt werden, entwickelt und vorangetrieben. Die zentrale Stelle soll eben die gemeinsamen Dinge, die Querschnittsthemen, für die Ämter koordinieren. – Wie verhält es sich mit der Datensicherheit? Wie verhält es sich mit dem Datenschutz? Wie verhält es sich mit Open Daten? Können wir diese Daten ins Netz stellen? Wie verhält es sich mit Statistikfragen? Wie verhält es sich mit Fragen der Rechtsgrundlagen? Wie verhält es sich mit Identifizierungsmöglichkeiten? – All diese Fragen, welche sämtliche Digitalisierungsanwendungen betreffen, sollen von dieser Stelle erarbeitet und koordiniert werden. Dies ist ein wenig der Charakter des Berichts. Ich habe mit Genugtuung zur Kenntnis genommen, dass aus den Voten hervorging, dass wir mit diesem Bericht in die richtige Richtung gingen. Zu den Planungserklärungen werde ich mich später noch äussern.

Detailberatung / Délibération par article

Planungserklärung SAK (Stucki, Stettlen) – Nr. 1.a

Der Regierungsrat erweitert die Delegation Digitale Verwaltung um mindestens ein weiteres Regierungsmitglied damit die dezentrale Umsetzung der Strategie sichergestellt wird.

Déclaration de planification de la CIRE (Stucki, Stettlen) – n° 1.a

Le Conseil-exécutif élargit la Délégation à l'administration numérique à au moins un membre du Conseil-exécutif supplémentaire afin que soit garantie la mise en œuvre centrale de la stratégie.

Planungserklärung SAK (Stucki, Stettlen) – Nr. 1

Der/die Leiter/-in der Geschäftsstelle Digitale Verwaltung (GDV) wird vom Regierungsrat gewählt und erhält Einsitz in die Geschäftsleitung Digitale Verwaltung (GLDV).

Déclaration de planification de la CIRE (Stucki, Stettlen) – n° 1

Le/La responsable du Secrétariat à l'administration numérique (SAN) est nommé par le Conseil-exécutif et est membre du Comité de direction Administration numérique (CDAN).

Planungserklärung SAK (Stucki, Stettlen) – Nr. 2

Für die Umsetzung der Strategie Digitale Verwaltung werden der Geschäftsleitung Digitale Verwaltung (GLDV) direktionsübergreifende Weisungsbefugnisse zugewiesen.

Déclaration de planification de la CIRE (Stucki, Stettlen) – n° 2

Le Comité de direction Administration numérique (CDAN) est doté de compétences interdirectionnelles en vue de la mise en œuvre de la stratégie pour une administration numérique.

Planungserklärung SAK (Stucki, Stettlen) – Nr. 3

Der Regierungsrat wird beauftragt, neben der Erfassung aller eigenen Digitalisierungsvorhaben eine Übersicht zu erstellen, die aufzeigt, welcher Kanton welche IT-/Digitalisierungslösungen bereits umgesetzt hat und welche Lösungen vom Kanton Bern übernommen werden können.

Déclaration de planification de la CIRE (Stucki, Stettlen) – n° 3

En plus du recensement des projets cantonaux de numérisation, le Conseil-exécutif est chargé de préparer une vue d'ensemble des solutions informatiques/de cyberadministration déjà mises en place par les autres cantons et d'indiquer quelles solutions peuvent être reprises par le canton de Berne.

Planungserklärung SAK (Stucki, Stettlen) – Nr. 4

Die Umsetzung der Strategie Digitale Verwaltung darf schlussendlich nicht zu einem Stellenwachstum in der Verwaltung führen.

Déclaration de planification de la CIRE (Stucki, Stettlen) – n° 4

La mise en œuvre de la stratégie pour une administration numérique ne doit pas se solder par une augmentation des effectifs dans l'administration.

Präsident. In diesem Fall kommen wir zu den Planungserklärungen. Zuerst darf ich wieder der Kommissionssprecherin, Barbara Stucki, das Wort geben, und zwar kommen wir jetzt zu den Planungserklärungen 1.a sowie 1 bis 4.

Barbara Stucki, Stettlen (glp), Kommissionssprecherin der SAK. Ich hoffe, ich behalte selbst noch den Überblick über all diese Planungserklärungen inklusive der Änderungen. Ich werde mich im Namen der SAK nur zu den Planungserklärungen der SAK äussern; die anderen haben wir nicht im Plenum besprochen.

Wer aufmerksam zugehört hat, hat gemerkt, dass die Organisationsstruktur der Umsetzung der Strategie Digitale Verwaltung einigermaßen komplex ist. Viele Stellen müssen miteinbezogen werden, sodass der Technologie- und Kulturwandel Digitale Verwaltung vollzogen werden kann. Aus diesem Grund fordern wir in der Planungserklärung 1.a, es sei ein weiteres Mitglied des Regierungsrates in der regierungsrätlichen Delegation vorzusehen. Aus Sicht der SAK ist es wünschenswert, dass diese Delegation breit abgestützt ist, oder breiter als nur mit zwei Mitgliedern. Auch wäre es uns ein Anliegen, dass diese Mitglieder eine enge Berührung mit dem Thema Digitalisierung oder/und Cyberkriminalität haben.

Zur Planungserklärung 1: Im Bericht ist nicht vorgesehen, oder man kann es jedenfalls nicht so lesen, dass der Leiter oder die Leiterin der Geschäftsstelle Digitale Verwaltung Teil der Geschäftsleitung Digitale Verwaltung ist. Dies, obwohl insbesondere er oder sie für die Umsetzung der Strategie im Lead sein wird. Aus Sicht der SAK ist es deshalb zwingend notwendig, dass die Leitungsperson der Geschäftsstelle auch Mitglied der Geschäftsleitung Digitale Verwaltung ist.

Die zweite Planungserklärung geht in die gleiche oder in eine sehr ähnliche Richtung: Bisher ist vorgesehen, dass die Geschäftsstelle Digitale Verwaltung insbesondere koordiniert und unterstützt. Sie soll die Digitalisierungsprojekte in den Direktionen aufeinander abstimmen. Dafür benötigt er oder sie aber gewisse Befugnisse gegenüber den Direktionen, so sind wir der Meinung. Diese fordern wir mit der zweiten Planungserklärung.

Mit der Planungserklärung 3 der SAK will unsere Kommission verhindern, dass der Kanton Bern Digitalisierungslösungen erarbeitet, einkauft oder entwickelt, die in anderen Kantonen allenfalls bereits laufen. Der Kanton Bern soll Synergien nicht nur innerhalb der eigenen Verwaltung nutzen, sondern auch bei den anderen Kantonen schauen, ob es Lösungen gibt, die er so oder ähnlich brauchen kann.

Die vierte Planungserklärung ist eigentlich selbsterklärend. Für die Geschäftsstelle Digitale Verwaltung sind 150 zusätzliche Stellenprozente vorgesehen; diese sind nicht infrage gestellt. Es ist klar, dass man in der Umsetzungsphase von Projekten, so von Digitalisierungsprojekten, immer zusätzliche Ressourcen braucht, die man irgendwo abziehen muss. Schlussendlich soll die Umsetzung der Strategie aber zu mehr Effizienz führen. Das heisst, mit denselben Stellenprozenten werden eher mehr Dienstleistungen erbracht, oder dieselben Dienstleistungen werden mit weniger Ressourcen erbracht. Am Schluss sollte es aber keine zusätzlichen brauchen.

Präsident. Das Mikrofon ist offen für Fraktionssprechende. Je donne la parole à Madame Anne-Caroline Graber pour l'UDC.

Anne-Caroline Graber, La Neuveville (UDC). Le groupe UDC soutient les quatre premières déclarations de planification de la CIRE avec une réserve pour la troisième. Nous acceptons cette dernière tout en précisant que le passage en revue des systèmes de cyberadministration en vigueur dans les autres cantons, doit, selon nous, être réalisé de façon simple, sans entraîner une trop grande charge de travail supplémentaire. En effet, il nous paraît opportun que notre canton s'inspire de solutions adoptées avec succès par d'autres cantons, mais pas qu'il se lance dans de trop longues analyses.

Christoph Grupp, Biel/Bienne (Grüne). Ich brauchte etwas lange, bis ich hier vorne war. Dafür bin ich dann rasch wieder weg. Die Grünen unterstützen eigentlich alle Anträge, welche gestellt sind, und zwar bei beiden Blöcken, mit einer Ausnahme. Diese wäre die Nr. 4, welche wir kritisch sehen. Grundsätzlich sehen wir schon den Sinn darin, dass eine solche digitale Verwaltung nicht weiss nicht wie viele Stellen generieren soll, sondern im Gegenteil eher zu einer grösseren Effizienz führen sollte. Auf der anderen Seite haben wir das Gefühl, so wie sie formuliert ist, lege diese Planungserklärung von Anfang an zu stark Wert darauf, beziehungsweise mache zu stark Druck auf der Kostenseite. Deshalb stehen wir dem kritisch gegenüber. Wir werden dies mit einer leichten Mehrheit innerhalb der Fraktion ablehnen. Danke für die Kenntnisnahme.

Marc Jost, Thun (EVP). Die EVP-Fraktion schliesst sich den Planungserklärungen der SAK an. Ich möchte etwas zur Planungserklärung sagen, bei welcher es eben darum geht, eine Übersicht über bereits in anderen Kantonen bestehende Dinge zu erstellen. Ich gehe nicht davon aus, dass dies einen Riesenaufwand bedeutete, sondern sehe darin doch eine grosse Chance. Ich erinnere mich, als wir vor Jahren einen Besuch im Kanton Thurgau machten. Der Kanton Thurgau hatte damals als erster eine Applikation für Strassenverkehrsämter entwickelt, eine Tabletversion. Meines Wissens konnte diese sozusagen eins zu eins von unseren Strassenverkehrsämtern übernommen werden, natürlich mit leichten Anpassungen des Layouts. Man konnte dabei wirklich direkt von einem anderen Kanton profitieren. Dort sehe ich schon ein grosses Potenzial, auch bezüglich des Baubewilligungsverfahrens des Kantons Zürich. Ich glaube, dort kann man auf sehr viel gute Vorarbeit zurückgreifen, und man sollte es nicht verpassen, eigentlich systematisch zu schauen, ob es bereits Lösungen gibt, die wir mehr oder weniger übernehmen können. Dies wäre uns ein wichtiger Punkt.

Präsident. Für die SP-JUSO-PSA, Karin Fisli.

Karin Fisli, Meikirch (SP). Die SP-JUSO-PSA-Fraktion findet die Schaffung einer Geschäftsstelle Digitale Verwaltung richtig und nötig. Eine solche Strategie kann nicht noch neben dem Alltagsgeschäft umgesetzt werden. Dafür braucht es die notwendigen Ressourcen. Deshalb lehnen wir die Planungserklärung Nr. 4 ab; alle anderen nehmen wir an.

Präsident. Ich habe keine weiteren Sprechenden mehr auf der Liste. Dann gebe ich das Wort ... Doch, ich habe noch eine weitere Sprechende. Entschuldigen Sie! Vania Kohli für die BDP.

Vania Kohli, Bern (BDP). Kurz zu den Planungserklärungen seitens der BDP: Die BDP unterstützt die Planungserklärungen der SAK 1a bis und mit 4, und zwar einstimmig. Der Planungserklärung 5, welche der Planungserklärung 10 gegenübergestellt wird, gibt sie den Vorzug.

Präsident. Um diese geht es noch nicht; diese folgen später. (*Heiterkeit / Hilarité*) Das Wort hat Christoph Auer.

Christoph Auer, Staatsschreiber. Wir konnten dem Regierungsrat die Planungserklärungen 1 bis 4 vorlegen. Der Regierungsrat begrüsst diese Planungserklärungen und kann sich mit diesen einverstanden erklären. Allerdings muss ich gleich sagen, dass wir die Planungserklärung 4 so interpretieren, dass der Initialaufwand für die 1,5 Stellen jetzt notwendig ist, weil wir hier diese neue Aufgabe schaffen. Hingegen sollte die ganze digitale Transformation, wie es in der Planungserklärung steht, schlussendlich nicht zu mehr Stellen in der Verwaltung führen. Damit ist der Regierungsrat einverstanden; es ist auch das Ziel der Regierung.

Die Regierung hat die Planungserklärung 1.a noch nicht gesehen. Diese wurde heute Morgen von der SAK beschlossen. Ich denke aber, dass der Regierungsrat für diese Planungserklärung sicherlich offene Ohren hat. Die Digitalisierung ist ihm ein wichtiges Anliegen; er diskutiert dieses immer wieder. Ich könnte mir gut vorstellen, dass sich die Regierung auch überlegen wird, die Delegation um ein weiteres Mitglied zu erweitern. Dazu haben wir einfach keinen formellen Beschluss. Dies ist im Moment einfach die Annahme des Staatsschreibers.

Präsident. Gut. Wir kommen zu den Planungserklärungen 5 bis 9. Zuerst muss ich der Kommissi-onssprecherin das Wort geben, entschuldigen Sie, und danach folgt Vania Kohli.

Planungserklärung SAK (Stucki, Stettlen) – Nr. 5

Die Strategie Digitale Verwaltung berücksichtigt bei ihrer Umsetzung Aspekte der Nachhaltigkeit und Energieeffizienz (z. B. für Rechenzentren und Server sowie Computerhardware).

Déclaration de planification de la CIRE (Stucki, Stettlen) – n° 5

La stratégie pour une administration numérique prend en compte des aspects de durabilité et d'efficacité énergétique dans sa mise en œuvre (par exemple pour les centres de données et serveurs et le matériel informatique).

Planungserklärung SAK (Stucki, Stettlen) – Nr. 6

Der unter Ziff. 10.4 erwähnte jährliche Bericht zum Stand der Umsetzung (Controlling-Bericht) wird der SAK und der FiKo jeweils zur Kenntnisnahme zugestellt.

Déclaration de planification de la CIRE (Stucki, Stettlen) – n° 6

Le rapport annuel sur l'avancement de la mise en œuvre mentionné au chiffre 10.4 (rapport de controlling) est porté à la connaissance de la CIRE et de la CFin.

Barbara Stucki, Stettlen (glp), Kommissionssprecherin der SAK. Wie vorhin erwähnt, werde ich noch etwas zu den Planungserklärungen 5 und 6 der SAK sagen. Die anderen haben wir in der Kommission nicht behandelt. Die Planungserklärung 5 beauftragt den Regierungsrat, der Tatsache Rechnung zu tragen, dass zum Beispiel Server-Landschaften eine Riesenmenge an Energie verbrauchen oder Hardware zwischendurch auch unter sehr prekären Bedingungen produziert wird. Er soll bei seinen Lösungen Nachhaltigkeitsaspekte bereit berücksichtigen.

Die sechste Planungserklärung will, dass der Regierungsrat der SAK und der FiKo jeweils jährlich einen Controlling-Bericht zur Kenntnis zustellt. Im Bericht ist im Moment vorgesehen, dass der Grosse Rat regelmässig über den Stand informiert wird. In Anbetracht dessen, wie umfangreich diese Strategie ist, wie viel Impact sie auf verschiedene Stellen hat und auch wie rasch die Digitalisierung in allen Bereichen fortschreitet, ist uns eine jährliche Berichterstattung wichtig.

Präsident. Ich gebe den Antragstellenden für die anderen Planungserklärungen das Wort, zuerst Thomas Gerber.

Planungserklärung Gerber, Hinterkappelen (Grüne) – Nr. 7

Bei der Umsetzung der Strategie wird Datenschutz und -sicherheit mit höchster Priorität behandelt.

Déclaration de planification Gerber, Hinterkappelen (Les Verts) – n° 7

La mise en œuvre de la stratégie accordera une place absolument prioritaire à la protection et à la sécurité des données.

Thomas Gerber, Hinterkappelen (Grüne). Vor ein paar Monaten stimmten wir hier in diesem Saal der Aufstockung des Polizeikorps zu. Eines der Hauptargumente war damals die zunehmende Cyberkriminalität. Jetzt habe ich in der Strategie «Digitale Verwaltung des Kantons Bern» auf 24 Seiten nur zwei Sätze zur Datensicherheit gesehen, und das geht nicht. Denn wer Daten hat, der hat Macht. Daten sind die neue Währung. Gerade der Kanton Bern hat hier eine Vorbildfunktion, indem er mit Daten sicher umgeht. Deshalb soll er bei der Umsetzung der Strategie den Datenschutz und die Datensicherheit mit höchster Priorität behandeln. Deshalb bitte ich Sie, die Planungserklärung Nr. 7 anzunehmen. Danke für die Aufmerksamkeit.

Déclaration de planification UDC (Graber, La Neuveville) – n° 8

Le processus de numérisation de l'administration cantonale ne doit d'aucune manière rendre plus difficile – et avec un surcoût – pour les habitantes et les habitants de notre canton l'accès à l'administration par les canaux traditionnels que sont le téléphone, les paiements par bulletin de versement, le remplissage des formulaires papier et d'autres encore.

Planungserklärung SVP (Graber, La Neuveville) – Nr. 8

Der Digitalisierungsprozess der Kantonsverwaltung darf auf keinen Fall dazu führen, dass für die Bevölkerung der Zugang zur Verwaltung über die traditionellen Kanäle, wie Telefon, Zahlungen via Einzahlungsschein, Ausfüllen von Formularen in Papierform usw., schwieriger und teurer wird.

Déclaration de planification UDC (Graber, La Neuveville) – n° 9

Dans sa volonté de numériser ses services, ses prestations et ses relations de toutes natures, le Conseil-exécutif prendra soin de réserver un traitement distinct et particulier à l'e-voting. Cela parce que dans ce domaine les problèmes de sécurité ne se posent pas exactement dans les mêmes termes que s'agissant des services administratifs.

Planungserklärung Graber, La Neuveville (SVP) – Nr. 9

Der Regierungsrat sorgt bei seinem Vorhaben, die kantonalen Dienste, Leistungen und Beziehungen jeglicher Art zu digitalisieren, dafür, dass das E-Voting anders und separatbehandelt wird, weil die Sicherheitsprobleme in diesem Bereich etwas anders gelagert sind als in den Verwaltungsstellen.

Präsident. Pour les déclarations de planification n° 8 et 9, je donne la parole à Madame Graber.

Anne-Caroline Graber, La Neuveville (UDC). Les deux déclarations de planification du groupe UDC me semblent claires et parlent d'elles-mêmes. Vous avez pu en prendre connaissance. Néanmoins, je vais dire quelques mots à leur propos. Dans le débat de fond, j'ai eu l'occasion de dire que la stratégie pour la numérisation de l'administration comporte beaucoup d'opportunités, mais elle contient également des risques en matière d'accès à l'administration pour les personnes qui sont peu familiarisées avec les nouveaux moyens de communication. C'est dans le souci de garantir l'universalité de l'accès à l'administration, y compris par les canaux traditionnels, que le groupe UDC a déposé la déclaration de planification n° 8 que je me permets de vous lire : « Le processus de numérisation de l'administration cantonale ne doit *d'aucune* manière rendre plus difficile – et avec un surcoût – pour les habitantes et les habitants de notre canton l'accès à l'administration par les canaux traditionnels que sont le téléphone, les paiements par bulletin de versement, le remplissage des formulaires papier et d'autres encore. » Le Conseil-exécutif, notamment dans une réponse à une interpellation (I 036-2018) que j'avais déposée sur ce thème a déjà eu l'occasion de se prononcer en faveur du maintien de l'universalité de l'accès aux services administratifs malgré le processus de numérisation. Néanmoins, l'enjeu est ici tellement important qu'il nous paraît nécessaire de faire figurer cette garantie en tant que déclaration de planification qui accompagne cette stratégie.

Je passe au point n° 7 qui concerne le e-voting, vote électronique. Il est vrai que la notion de vote électronique ne figure qu'à un endroit de la stratégie pour la numérisation de l'administration. Il s'agit du point 2 qui comporte la définition du champ d'application de la cyberadministration. Il semble que le vote électronique n'est absolument pas au centre de cette stratégie. Néanmoins, pour écarter toute ambiguïté, nous pensons qu'il est important de préciser que le vote électronique subira un traitement distinct de la numérisation de l'administration. C'est la raison pour laquelle nous avons déposé la déclaration de planification suivante : Dans sa volonté de numériser ses services, ses prestations et ses relations de toute nature, le Conseil-exécutif prendra soin de réserver un traitement distinct et particulier à l'e-voting. Cela parce que dans ce domaine les problèmes de sécurité ne se posent pas exactement dans les mêmes termes que s'agissant des services administratifs. Merci de votre attention.

Planungserklärung Grüne (Vanoni, Zollikofen) – Nr. 10

Bei der Umsetzung der Strategie Digitale Verwaltung wird der Grundmaxime der Nachhaltigen Entwicklung (bekräftigt in den Richtlinien der Regierungspolitik 2019–2022) in all ihren drei Dimensionen gebührend Rechnung getragen. Dazu wird neben der in der Strategie angesprochenen Dimension der wirtschaftlichen Nachhaltigkeit (namentlich in finanzieller und technischer Hinsicht) verstärkt darauf geachtet, dass bei der Digitalisierung kantonaler Dienstleistungen auch die gesellschaftliche und ökologische Nachhaltigkeit berücksichtigt wird.

Déclaration de planification Les Verts (Vanoni, Zollikofen) – n° 10

La mise en œuvre de la stratégie pour une administration numérique prendra dûment en compte le développement durable – la ligne directrice confirmée dans le programme gouvernemental de législature 2019 à 2022 – dans ses trois dimensions. Outre la durabilité économique (aux points de vue financier et technique), dimension abordée dans la stratégie, la numérisation des prestations cantonales intégrera davantage la durabilité sociale et écologique également.

Planungserklärung Grüne (Vanoni, Zollikofen) – Nr. 11

Bei der Umsetzung der Strategie Digitale Verwaltung wird im Sinne der gesellschaftlichen Nachhaltigkeit darauf geachtet, dass der Zugang zu kantonalen Dienstleistungen (insbesondere auch aus dem ländlichen Raum) insgesamt verbessert wird, dass dieser Zugang für Menschen, die nicht über entsprechende Geräte verfügen, auch auf analogem Weg gesichert bleibt und dass Menschen, die nicht über die nötigen Kenntnisse verfügen, zur Nutzung digitaler Dienstleistungen des Kantons befähigt werden können.

Déclaration de planification Les Verts (Vanoni, Zollikofen) – n° 11

Lors de la mise en œuvre de la stratégie pour une administration numérique, dans un esprit de durabilité sociale on veillera à améliorer globalement l'accès aux prestations cantonales (en particulier aussi depuis les zones rurales), à maintenir cet accès par voie analogique pour les personnes non équipées d'appareils adéquats et à rendre les personnes ne disposant pas des connaissances nécessaires capables d'utiliser les prestations numériques du canton.

Präsident. Ich gebe noch Bruno Vanoni das Wort für zwei Planungserklärungen der Grünen.

Bruno Vanoni, Zollikofen (Grüne). Beim Lesen dieser Strategie habe ich mich eigentlich gefreut, dass im Kapitel 2.5 auch geschrieben wurde, wofür die digitale Verwaltung eigentlich gut sein soll. Dort heisst es, mit den digitalen Dienstleistungen trage der Kanton Bern dazu bei, einen attraktiven Wohn- und Standort für Menschen, Unternehmen und Organisationen zu sein. Die Digitalisierung solle die chancengleiche und selbstständige Teilhabe aller Menschen ermöglichen, und mit einer nachhaltigen Entwicklung der digitalen Verwaltung könne man Effizienz und Effektivität in der Verwaltungstätigkeit steigern. Für mich ist dies eigentlich eine sehr gute Grundlage für die Weiterentwicklung und Umsetzung dieser Strategie.

Was heisst aber «nachhaltige Entwicklung»? – In der Märzsession bekannten wir uns letztmals dazu, als wir die Richtlinien der Regierungspolitik ohne Gegenstimme zur Kenntnis nahmen. Dort wird die nachhaltige Entwicklung eben mit ihren drei Dimensionen beschrieben: Wirtschaft, Gesellschaft und Umwelt. Bei der Lektüre der Strategie fällt jetzt auf, dass von dieser Grundmaxime eigentlich nur eine Dimension weiterverfolgt wird, nämlich die wirtschaftliche Nachhaltigkeit. Dies ist gut und recht, aber vor allem auf die finanzielle und die technische Nachhaltigkeit ausgerichtet. Wir sollten aber uns und auch dem Begriff der nachhaltigen Entwicklung treu bleiben und auch die beiden anderen Dimensionen beachten, die gesellschaftliche und die ökologische. Dies bringen wir mit der Planungserklärung 10 zum Ausdruck. Ich bitte Sie, dieser Planungserklärung zuzustimmen.

Diese ist quasi eine Übersichtsplanungserklärung. Dann hat die SAK zum Glück bereits eine Planungserklärung vorgeschlagen, welche sich eigentlich mit der ökologischen Nachhaltigkeit beschäftigt, die Planungserklärung 5. Deshalb haben wir darauf verzichtet, hier noch etwas anderes vorzuschlagen. Wir finden die Planungserklärung 5 stehe nicht im Widerspruch zu unserer Planungserklärung 10, sondern sie sei eine Konkretisierung, eine Ergänzung. Deshalb kann man eigentlich beiden zustimmen. Die gesellschaftliche Nachhaltigkeit bringen wir jetzt eben mit der Planungserklärung 11 ein. Ein Teil davon – auch dies ist erfreulich – wird bereits mit der Planungserklärung 8 der SVP-Fraktion abgedeckt. Allerdings ist diese eher negativ formuliert. Sie sagt, was nicht geschehen darf. Wir formulieren es in der Planungserklärung 11 positiv: Es soll darauf geachtet werden, dass der Zugang zu kantonalen Dienstleistungen, insbesondere auch im ländlichen Raum, insgesamt verbessert wird. Wir gehen aber über das hinaus, was die Planungserklärung 8 thematisiert. Wir möchten auch, dass der Zugang eben für Menschen, die nicht die entsprechenden, die passenden Geräte haben, auch auf anderen Wegen gesichert bleibt, und wir möchten, dass Menschen, die nicht oder noch nicht über die nötigen Kenntnisse verfügen, zur Nutzung digitaler Dienstleistungen des Kantons befähigt werden können. Dass dieses Anliegen berechtigt ist, kann man auch in der neuesten E-Government-Strategie des Bundes (*E-Government-Strategie Schweiz 2020–2023 / Stratégie suisse de cyberadministration 2020–2023*) lesen. Der Bundesrat hat diese vor fünf Tagen beschlossen. Dort kann man zum Beispiel lesen, dass über 90 Prozent der Privathaushalte einen Internetanschluss haben. Fast 80 Prozent der Bevölkerung hat ein Smartphone mit der Möglichkeit, unterwegs aufs Internet zuzugreifen. Im selben Bericht steht aber auch, dass die Nutzung von Online-Dienstleistungen der Behörden noch viel weniger häufig ist. Es ist erst etwas mehr als die Hälfte der Bevölkerung, welche diese nutzt. Begründet wird dies in der Strategie des Bundesrates damit: «Das liegt insbesondere an [den] Hürden bei der Abwicklung solcher Transaktionen: Angebote werden nicht gefunden oder nicht verstanden.» Deshalb ist es wichtig, die digitalen Angebote so zu verbessern

und so zu vereinfachen, dass sie wirklich auch von allen genutzt werden können und geräteunabhängig angeboten werden oder genutzt werden können und dass man auch die Leute, die diese Fähigkeiten noch nicht haben, zur Nutzung zu befähigen versucht. Ich bitte deshalb auch um Zustimmung zur Planungserklärung 11 und möchte auch hier noch betonen, dass sich die Planungserklärung 8 und die Planungserklärung 11 nicht ausschliessen. Die Planungserklärung 8 konkretisiert einen Teil der Planungserklärung 11. Die Planungserklärung 11 geht jedoch darüber hinaus. Deshalb bitte ich um Zustimmung und hoffe, das Ratspräsidium stelle die verschiedenen Planungserklärungen einander *nicht* gegenüber.

Präsident. Somit wäre das Mikrofon offen für Fraktionssprechende. Ich möchte Sie insbesondere bitten, allenfalls zur Frage der Nicht-einander-Gegenüberstellung Stellung zu nehmen. Es wurde seitens der SAK so gewünscht. Es will sich niemand äussern. – Doch! Je donne la parole à Monsieur Tom Gerber.

Tom Gerber, Reconvilier (PEV). Je pense que je ne vais pas faire très long, puisqu'il semble que vous aimeriez bien terminer aujourd'hui. Le groupe évangélique acceptera les déclarations de planification. Je m'excuse, j'ai oublié de saluer Monsieur le Président et Monsieur le Chancelier. Notre groupe acceptera les déclarations de planification de la CIRE n° le point 5 et le point 6. Le n° 7 ne nous semble pas vraiment indispensable parce qu'on a l'impression qu'il va de soi.

Nous acceptons le point n° 9 sur l'e-voting. Quant aux déclarations de planification n° 8 et 11, j'aimerais tout de même dire – même si je ne suis pas un prêtre du numérique, parce qu'après dix ans de numérique je suis revenu à un agenda en papier, et que j'aime bien le papier. Déjà aujourd'hui, Madame Graber, certains services ne peuvent plus se faire par papier. Par exemple dans l'agriculture pour les paiements directs, on a passé à une solution entièrement numérique, et je ne crois pas que cela pose de problèmes particuliers. Si nous voulons évoluer avec notre temps, nous devons aussi accepter que certains processus changent, et qu'il serait faux de cimenter ici des vieux processus avec un rapport sur l'administration numérique ; je trouverais cela un peu dommage. Et cela vaut pour les deux déclarations de planification, les n° 8 et 11. Donc notre groupe rejettera la déclaration de planification n° 8. La 11 sera en partie acceptée, selon le poids que l'on mettra sur la première partie ou sur la deuxième partie de cette déclaration de planification. Je vous remercie.

Vania Kohli, Bern (BDP). Jetzt komme ich zu dem, mit dem ich vorhin begonnen habe. Bei der Planungserklärung 5, die der Planungserklärung 10 gegenübergestellt wird, werden wir der Planungserklärung 5 der SAK den Vorzug geben. Die Planungserklärung 6 der SAK werden wir überweisen, also einstimmig gutheissen, ebenso die Planungserklärung 7 der Grünen. Bei der Planungserklärung 8, die der Planungserklärung 11 gegenübergestellt wird, werden wir der Planungserklärung 8 den Vorzug geben. Bei der Planungserklärung der SVP sind wir geteilt; die meisten werden diese aber ablehnen. Die BDP ist aber geteilt. Wie gesagt, stehen die Planungserklärungen 10 und 11 bei uns an zweiter Stelle gegenüber den Planungserklärungen 5 und 8.

Barbara Stucki, Stettlen (glp). Ich spreche mich noch kurz zum Gegenüberstellen aus, weil der Präsident darum gebeten hat. In der Fraktion sind wir der Meinung, man könne die Planungserklärungen 5 und 10 sowie 8 und 11 einander gut gegenüberstellen. Aus unserer Sicht wäre es nicht sinnvoll, diese alle zu überweisen, sollten sie denn alle angenommen werden. Wir werden den Planungserklärungen der SAK zustimmen und der Planungserklärung 9 von Anne-Caroline Graber; die anderen werden wir ablehnen.

Anne-Caroline Graber, La Neuveville (UDC). Notre groupe acceptera toutes les déclarations de planification de la CIRE à l'exception de la cinquième. Nous refusons cette déclaration de planification parce qu'elle nous semble totalement redondante avec d'autres principes qui guident l'action administrative de notre canton. Pour ce qui est des autres déclarations de planification, nous soutenons la septième, parce que la protection des données et la sécurité revêtent une importance majeure dans les processus de numérisation. Nous vous recommandons d'adopter les deux déclarations de planification de notre groupe pour les raisons évoquées précédemment.

Nous rejetterons la dixième pour les mêmes raisons qui valent pour la cinquième. Quant à la déclaration de planification n° 11 des Verts, nous la soutenons à l'unanimité, bien sûr en privilégiant la nôtre lorsqu'elles seront opposées l'une à l'autre. Cette dernière rejoint la déclaration de planification du groupe UDC qui porte sur l'importance de garantir l'accès à l'administration à l'ensemble de la popula-

tion du canton de Berne, y compris via les canaux traditionnels, et cela sans pénalisation financière. Avant de conclure, juste une remarque à l'adresse de mon cher collègue Tom Gerber. Il est sans doute vrai que certaines procédures administratives ne sont plus possibles que par voie numérique, notamment dans l'agriculture. Mais on peut mentionner en parallèle que le nombre de dépressions et de suicides dans le monde agricole ne cesse d'augmenter, en partie à cause de l'augmentation des contraintes administratives et des difficultés qui sont présentes dans ce corps de métier.

Christoph Grupp, Biel/Bienne (Grüne). Ich mache es kurz. Ich habe vorhin bereits gesagt, dass die Grünen all diese Anträge unterstützen werden. Daher spreche ich nur zur Gegenüberstellung einzelner. Wir sind der Meinung, dass diese hinreichend voneinander unabhängig sind, und machen deshalb beliebt, diese nicht einander gegenüberzustellen, sondern jede einzeln aufrechtzuerhalten, und empfehlen Ihnen die Annahme aller.

Präsident. Für die SP-JUSO-PSA, Karin Fisli.

Karin Fisli, Meikirch (SP). Auch bei uns ist es so, dass wir alle annehmen werden. Wenn gegenübergestellt wird, werden wir Herrn Vanoni zustimmen, und zwar bei beiden Planungserklärungen.

Präsident. Ich gebe noch Christoph Auer das Wort.

Christoph Auer, Staatsschreiber. Aus Sicht des Regierungsrates und der STA kann man diesen Planungserklärungen zustimmen, vielleicht mit einer Ausnahme, nämlich der Planungserklärung 9. Diese verlangt, dass man das E-Voting, also die entsprechende Anwendung der Digitalisierung, anders behandelt als andere Anwendungen, das heisst in einem gesonderten Verfahren. Dies ist aus unserer Sicht keine gute Idee. Es handelt sich um eine E-Gov-Anwendung wie jene der elektronischen Steuerveranlagung oder andere. Selbstverständlich hat die Sicherheit bei all diesen für die Regierung oberste Priorität, inklusive der Datensicherheit und auch der Sicherheit, dass man diese Anwendungen nicht «hacken» kann. Im Rahmen dieser Strategiediskussion und der Behandlung dieser Anwendung sollte diese gleich behandelt werden wie sämtliche anderen Anwendungen, welche wir heute vielleicht noch nicht kennen, welche neu entwickelt werden. Wir beantragen, die Planungserklärung 9 abzulehnen. Die anderen Planungserklärungen kann man aus Sicht des Regierungsrates annehmen.

Vielleicht eine kleine Präzisierung zur Planungserklärung Nr. 6, mit welcher eine jährliche Berichterstattung zuhanden von SAK und FiKo verlangt wird: Im Strategiebericht haben wir bewusst von einer regelmässigen Berichterstattung gesprochen. Wir wollen nicht, dass die 1,5 Stellen jetzt allzu viel mit dem Schreiben von Berichten und Papieren befasst sind. Wenn es eine Berichterstattung an die Regierung gibt, werden diese Berichte im Bedarfsfall selbstverständlich auch der SAK und der FiKo zur Verfügung gestellt, aber vielleicht nicht aufgrund der Verpflichtung, dies jährlich zu tun. Dies vielleicht noch zur Planungserklärung 6. Man kann diese trotzdem überweisen. Denn bei Planungserklärungen besteht später noch ein gewisser Handlungsspielraum bei der Auslegung.

Präsident. Besten Dank. Wir halten uns an die Uhr hier hinten. Diese läuft um 1 Minute verzögert. Deshalb können wir es noch machen. Wir kommen zur ersten Abstimmung. Hören Sie jetzt gut zu! Ich lasse rasch über Folgendes abstimmen: Wer dafür ist, dass wird die Planungserklärungen 5 und 10 sowie die Planungserklärungen 8 und 11 einander gegenüberstellen, stimmt Ja, wer möchte, dass über alle abgestimmt wird, stimmt Nein.

Abstimmung (2016.KAIO.14155; Gegenüberstellung der Planungserklärungen Nr. 5 und Nr. 10 sowie der Planungserklärungen Nr. 8 und Nr. 11)

Vote (2016.KAIO.14155 ; élimination progressive des déclarations de planification n° 5 et n° 10 ainsi que des déclarations de planification n° 8 et n° 11)

Der Grosse Rat beschliesst: / Décision du Grand Conseil :

Annahme / Adoption

Ja / Oui 91

Nein / Non 38

Enthalten / Abstentions 2

Präsident. Gut. Wir werden die Planungserklärungen einander gegenüberstellen, mit 91 Ja- gegen 38 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen.

Wir kommen zuerst zur Planungserklärung 1.a. Wer diese annehmen will, stimmt Ja, wer dies nicht möchte, stimmt Nein.

Abstimmung (2016.KAIO.14155; Planungserklärung SAK [Stucki, Stettlen] – Nr. 1a)

Vote (2016.KAIO.14155 ; déclaration de planification de la CIRE [Stucki, Stettlen] – n° 1.a)

Der Grosse Rat beschliesst: / Décision du Grand Conseil :

Annahme / Adoption

Ja / Oui 131

Nein / Non 1

Enthalten / Abstentions 0

Präsident. Sie haben diese Planungserklärung angenommen, mit 131 Ja-Stimmen gegen 1 Nein-Stimme bei 0 Enthaltungen.

Wir kommen zur Planungserklärung 1 der SAK. Wer diese annimmt, stimmt Ja, wer dies nicht möchte, stimmt Nein.

Abstimmung (2016.KAIO.14155; Planungserklärung SAK [Stucki, Stettlen] – Nr. 1)

Vote (2016.KAIO.14155 ; déclaration de planification de la CIRE [Stucki, Stettlen] – n° 1)

Der Grosse Rat beschliesst: / Décision du Grand Conseil :

Annahme / Adoption

Ja / Oui 131

Nein / Non 1

Enthalten / Abstentions 0

Präsident. Sie haben auch diese Planungserklärung angenommen, mit 131 Ja-Stimmen gegen 1 Nein-Stimme bei 0 Enthaltungen.

Wir kommen zur Planungserklärung 2 der SAK. Wer diese annehmen will, stimmt Ja, wer dies nicht will, stimmt Nein.

Abstimmung (2016.KAIO.14155; Planungserklärung SAK [Stucki, Stettlen] – Nr. 2)

Vote (016.KAIO.14155 ; déclaration de planification de la CIRE [Stucki, Stettlen] – n° 2)

Der Grosse Rat beschliesst: / Décision du Grand Conseil :

Annahme / Adoption

Ja / Oui 131

Nein / Non 1

Enthalten / Abstentions 0

Präsident. Sie haben auch die Planungserklärung 2 angenommen, mit 131 Ja-Stimmen gegen 1 Nein-Stimme bei 0 Enthaltungen.

Wir kommen zur Planungserklärung 3: Wer diese annimmt, stimmt Ja, wer dies nicht möchte, stimmt Nein.

Abstimmung (2016.KAIO.14155; Planungserklärung SAK [Stucki, Stettlen] – Nr. 3)
Vote (2016.KAIO.14155 ; déclaration de planification de la CIRE [Stucki, Stettlen] – n° 3)

Der Grosse Rat beschliesst: / Décision du Grand Conseil :

Annahme / Adoption

Ja / Oui	131
Nein / Non	0
Enthalten / Abstentions	0

Präsident. Die Planungserklärung 3 wurde einstimmig angenommen, mit 131 Ja-Stimmen.
Wir kommen zur Planungserklärung 4 der SAK: Wer diese annimmt, stimmt Ja, wer dies nicht will, stimmt Nein.

Abstimmung (2016.KAIO.14155; Planungserklärung SAK [Stucki, Stettlen] – Nr. 4)
Vote (2016.KAIO.14155 ; déclaration de planification de la CIRE [Stucki, Stettlen] – n° 4)

Der Grosse Rat beschliesst: / Décision du Grand Conseil :

Annahme / Adoption

Ja / Oui	92
Nein / Non	39
Enthalten / Abstentions	1

Präsident. Sie haben diese Planungserklärung angenommen, mit 92 Ja- gegen 39 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung.
Wir kommen zur Gegenüberstellung der Planungserklärungen 5 und 10. Wer die Planungserklärung 5 annehmen will, stimmt Ja. Wer die Planungserklärung 10 annehmen will, stimmt Nein.

Abstimmung (2016.KAIO.14155; Planungserklärung SAK [Stucki, Stettlen] – Nr. 5 *gegen* Planungserklärung Grüne [Vanoni, Zollikofen] – Nr. 10)
Vote (2016.KAIO.14155 ; déclaration de planification de la CIRE [Stucki, Stettlen] – n° 5 *contre* déclaration de planification Les Verts [Vanoni, Zollikofen] – n° 10)

Der Grosse Rat beschliesst: / Décision du Grand Conseil :

Annahme Planungserklärung SAK [Stucki, Stettlen] – Nr. 5 /

Adoption de la déclaration de planification de la CIRE [Stucki, Stettlen] – n° 5

Ja / Oui	85
Nein / Non	46
Enthalten / Abstentions	0

Präsident. Sie geben der Planungserklärung 5 den Vorzug, mit 85 Ja- gegen 46 Nein-Stimmen.
Wer die Planungserklärung 5 nun in den Bericht aufnehmen will, stimmt Ja, wer dies nicht will, stimmt Nein.

Abstimmung (2016.KAIO.14155; Planungserklärung SAK [Stucki, Stettlen] – Nr. 5)
Vote (2016.KAIO.14155 ; déclaration de planification de la CIRE [Stucki, Stettlen] – n° 5)

Der Grosse Rat beschliesst: / Décision du Grand Conseil :

Annahme / Adoption

Ja / Oui	92
Nein / Non	40
Enthalten / Abstentions	1

Präsident. Sie haben die Planungserklärung 5 angenommen, mit 92 Ja- gegen 40 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung.

Wir kommen zur Planungserklärung 6: Wer diese annimmt stimmt Ja, wer dies nicht will, stimmt Nein.

Abstimmung (2016.KAIO.14155; Planungserklärung SAK [Stucki, Stettlen] – Nr. 6)

Vote (2016.KAIO.14155 ; déclaration de planification de la CIRE [Stucki, Stettlen] – n° 6)

Der Grosse Rat beschliesst: / Décision du Grand Conseil :

Annahme / Adoption

Ja / Oui 127

Nein / Non 3

Enthalten / Abstentions 2

Präsident. Sie haben die Planungserklärung 6 angenommen, mit 127 Ja- gegen 3 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen.

Planungserklärung 7: Wer die Planungserklärung 7 annimmt, stimmt Ja, wer dies nicht möchte, stimmt Nein. *(Der Präsident spricht in hohem Tempo und mit einem für Auktionen bekannten Tonfall. Heiterkeit. / Le président parle à toute vitesse sur le ton des ventes aux enchères. Hilarité)* Es kommt mir vor wie bei den Beipackzetteln. *(Heiterkeit / Hilarité)*

Abstimmung (2016.KAIO.14155; Planungserklärung Gerber, Hinterkappelen [Grüne] – Nr. 7)

Vote (2016.KAIO.14155 ; déclaration de planification Gerber, Hinterkappelen [Les Verts] – n° 7)

Der Grosse Rat beschliesst: / Décision du Grand Conseil :

Annahme / Adoption

Ja / Oui 123

Nein / Non 9

Enthalten / Abstentions 1

Präsident. Sie haben auch die Planungserklärung 7 angenommen, und zwar mit 123 Ja- zu 9 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung.

Wir kommen zur Gegenüberstellung der Planungserklärungen 8 und 11. Wer die Planungserklärung 8, SVP, annehmen will, stimmt Ja. Wer die Planungserklärung 11 annehmen will, stimmt Nein.

Abstimmung (2016.KAIO.14155; Planungserklärung SVP [Graber, La Neuveville] – Nr. 8 gegen Grüne [Vanoni, Zollikofen] – Nr. 11)

Vote (2016.KAIO.14155 ; déclaration de planification UDC [Graber, La Neuveville] – n° 8 contre déclaration de planification Les Verts [Vanoni, Zollikofen] – n° 11)

Der Grosse Rat beschliesst: / Décision du Grand Conseil :

Annahme Planungserklärung SVP [Graber, La Neuveville] – Nr. 8 /

Adoption de la déclaration de planification n° 8

Ja / Oui 79

Nein / Non 52

Enthalten / Abstentions 1

Präsident. Sie haben der Planungserklärung 8 den Vorzug gegeben, mit 79 Ja- zu 52 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung.

Wer nun diese Planungserklärung 8 aufnehmen möchte, stimmt Ja, wer dies nicht möchte, stimmt Nein.

Abstimmung (2016.KAIO.14155; Planungserklärung SVP [Graber, La Neuveville] – Nr. 8)

Vote (2016.KAIO.14155 ; déclaration de planification UDC [Graber, La Neuveville] – n° 8)

Der Grosse Rat beschliesst: / Décision du Grand Conseil :

Annahme / Adoption

Ja / Oui 108

Nein / Non 21

Enthalten / Abstentions 4

Präsident. Sie haben der Planungserklärung 8 zugestimmt, mit 108 zu 21 Stimmen bei 4 Enthaltungen.

Noch zur Planungserklärung 9: Wer diese annehmen möchte, stimmt Ja, wer dies nicht möchte, stimmt Nein.

Abstimmung (2016.KAIO.14155; Planungserklärung Graber, La Neuveville [SVP] – Nr. 9)

Vote (2016.KAIO.14155 ; déclaration de planification Graber, La Neuveville [UDC] – n° 9)

Der Grosse Rat beschliesst: / Décision du Grand Conseil :

Annahme / Adoption

Ja / Oui 108

Nein / Non 21

Enthalten / Abstentions 4

Präsident. Sie haben die Planungserklärung 9 angenommen, mit 108 Ja- gegen 21 Nein-Stimmen bei 4 Enthaltungen.

Jetzt kommen wir noch zur Kenntnisnahme. Wer die Strategie mit den angenommenen Planungserklärungen annehmen will, stimmt Ja, wer dies nicht möchte, stimmt Nein. Ich danke Ihnen bereits sehr herzlich für das Ausharren. Vielen Dank! Ich wünsche Ihnen einen schönen Abend. Seien Sie nicht zu laut beim Hinausgehen, weil ich noch zuhause des Protokolls ... Jetzt kam es zu früh.

Abstimmung (2016.KAIO.14155; Kenntnisnahme mit überwiesenen Planungserklärungen Nr. 1–9)

Vote (2016.KAIO.14155 ; prise de connaissance avec les déclarations de planification adoptées n° 1–9)

Der Grosse Rat beschliesst: / Décision du Grand Conseil :

Kenntnisnahme mit überwiesenen Planungserklärungen /

Prise de connaissance avec les déclarations de planification adoptées

Ja / Oui 130

Nein / Non 1

Enthalten / Abstentions 0

Präsident. Sie haben den Bericht angenommen, mit 130 Ja-Stimmen gegen 1 Nein-Stimme bei 0 Enthaltungen. Auf Wiedersehen!

Hier werden die Beratungen unterbrochen. / Les délibérations sont interrompues à ce stade.

Schluss der Sitzung um 16.35 Uhr. / Fin de la séance à 16 heures 35.

Die Redaktorin / La rédactrice

Eva Schmid (de/fr)